L 11 KR 1424/10

Land
Baden-Württemberg
Sozialgericht
LSG Baden-Württemberg
Sachgebiet
Krankenversicherung
Abteilung
11
1. Instanz
SG Freiburg (BWB)
Aktenzeichen
S 5 KR 5204/09
Datum
01.03.2010
2. Instanz
LSG Baden-Württemberg
Aktenzeichen
L 11 KR 1424/10
Datum
20.07.2010
3. Instanz
Bundessozialgericht
Aktenzeichen
-
Datum
-

Kategorie
Urteil

Die Berufung des Klägers gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Freiburg vom 1. März 2010 wird zurückgewiesen.

Außergerichtliche Kosten sind auch im Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

Tatbestand:

Streitig ist die Höhe der von der Beklagten zu erstattenden Aufwendungen für die Hinzuziehung eines bevollmächtigten Rentenberaters im sog isolierten Vorverfahren.

Der 1947 geborene Kläger ist bei der Beklagten krankenversichert und erhielt von dieser Krankengeld (Krg). Mit Bescheid vom 27. März 2009 teilte die Beklagte dem Kläger mit, es sei davon auszugehen, dass die Arbeitsunfähigkeit mit dem 31. März 2009 beendet sei, und stellte die Zahlung von Krg daraufhin ab 1. April 2009 ein. Widerspruch hiergegen erhob der vom Kläger am 23. Januar 2009 mit einer umfassenden Vollmacht bis auf Widerruf ausgestattete Rentenberater. Wie ihm der Kläger berichtet habe, habe der Medizinische Dienst der Krankenversicherung (MDK) festgestellt, dass er kein Leistungsvermögen mehr habe. Damit sei er weiterhin arbeitsunfähig und Krg sei zu zahlen. Mit Bescheid vom 28. April 2009 forderte die Beklagte den Kläger daraufhin auf, einen Antrag auf Maßnahmen zur Rehabilitation innerhalb einer Frist von zehn Wochen zu stellen. Werde der Antrag nicht gestellt, werde die Zahlung von Krg mit dem 10. Juli 2009 eingestellt. Sinngemäß gewährte die Beklagte somit weiter Krg.

Gegen den Bescheid vom 28. April 2009 legte der Kläger, vertreten durch seinen Bevollmächtigten, ebenfalls Widerspruch ein und stellte der Beklagten für das durch Abhilfe beendete Vorverfahren gegen den Bescheid vom 27. März 2009 Kosten in Höhe von 1.261,40 EUR in Rechnung (Geschäftsgebühr nach Nr 2400 des Vergütungsverzeichnisses zum Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (VV RVG) in Höhe von 520 EUR, Erledigungsgebühr nach Nr 1005 VV RVG in Höhe von 520 EUR, Auslagenpauschale in Höhe von 20 EUR zuzüglich Umsatzsteuer).

Mit Bescheid vom 15. Juli 2009 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 17. September 2009 setzte die Beklagte die zu erstattenden Kosten auf 309,40 EUR fest (Geschäftsgebühr in Höhe von 240 EUR zuzüglich der beantragten Auslagenpauschale und der Umsatzsteuer). Da die Tätigkeit weder umfangreich oder schwierig gewesen sei, könne eine Geschäftsgebühr von mehr als 240 EUR nicht gefordert werden. Die Erstattung einer Erledigungsgebühr sei nicht gerechtfertigt.

Hiergegen hat der Kläger am 16. Oktober 2009 vorliegende Klage zum Sozialgericht Freiburg (SG) mit der Begründung erhoben, die Bedeutung der Angelegenheit sei weit überdurchschnittlich und führe zu der Höchstgebühr von 520 EUR. Die Erledigungsgebühr sei angefallen, da schon nach den amtlichen Erläuterungen zu Nr 1002 VV RVG ausreichend sei, wenn der begehrte Verwaltungsakt erlassen werde.

Mit Gerichtsbescheid vom 1. März 2010 hat das SG die Klage abgewiesen. Der Umfang der anwaltlichen Tätigkeit, die Schwierigkeit des Widerspruchsverfahrens und die Bedeutung der Angelegenheit für den Kläger seien durchschnittlich gewesen. Die Widerspruchsbegründung habe aus einem kaum zwei Seiten umfassenden Schriftsatz bestanden. Der Streit um die Weiterzahlung eines von der Krankenkasse nicht gewährten Krg sei darüber hinaus nicht etwa von überdurchschnittlicher Bedeutung für den Versicherten, wie dies bei einem Streit um eine über Jahre oder gar auf Dauer zu gewährende Erwerbsminderungsrente, Altersrente oder Unfallrente der Fall sei. Eine Erledigungsgebühr setze eine qualifizierte erledigungsgerichtete Tätigkeit des Bevollmächtigten voraus, die kausal für die Erledigung sein müsse. Dies ergebe sich aus den Erläuterungen zu Nr 1002 VV RVG. Allein durch die Begründung des Widerspruchs entstehe diese Gebühr nicht.

Am 24. März 2010 hat der Kläger hiergegen Berufung mit der Begründung eingelegt, die Bedeutung der Angelegenheit sei mit Blick auf das Urteil des Bundessozialgerichts (BSG) vom 1. Juli 2009 überdurchschnittlich zu bewerten. Im Übrigen sei die Auslegung des BSG im Hinblick auf die Erledigungsgebühr nicht vertretbar.

Der Kläger beantragt (teilweise sinngemäß),

den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Freiburg vom 1. März 2010 sowie den Bescheid der Beklagten vom 15. Juli 2009 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 17. September 2009 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, ihm weitere Kosten anwaltlicher Vertretung im Widerspruchsverfahren gegen den Bescheid vom 28. April 2009 in Höhe von 952 EUR zu erstatten, hilfsweise, die Revision wegen grundsätzlicher Bedeutung zuzulassen.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurückzuweisen.

Sie hält die erstinstanzliche Entscheidung für rechtmäßig.

Die Beteiligten haben sich mit einer Entscheidung ohne mündliche Verhandlung einverstanden erklärt.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes und des Vorbringens der Beteiligten wird auf die Gerichtsakte und die beigezogenen Verwaltungsakte Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die gemäß [§§ 143, 144, 151 Abs 1](#) Sozialgerichtsgesetz (SGG) statthafte und im Übrigen zulässige Berufung des Klägers ist unbegründet. Denn der Bescheid vom 15. Juli 2009 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 17. September 2009 ist rechtmäßig und verletzt den Kläger nicht in seinen Rechten. Der Kläger hat keinen Anspruch auf die Erstattung weiterer Aufwendungen für die Vertretung durch den bevollmächtigten Rentenberater im isolierten Vorverfahren.

Gemäß [§ 63 Abs 1 Satz 1](#) Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) hat der Rechtsträger, dessen Behörde den angefochtenen Verwaltungsakt erlassen hat, demjenigen, der Widerspruch erhoben hat, die zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung notwendigen Aufwendungen zu erstatten, soweit der Widerspruch erfolgreich ist. Die Gebühren und Auslagen eines Rechtsanwalts oder eines sonstigen Bevollmächtigten im Vorverfahren sind gemäß [§ 63 Abs 2 SGB X](#) erstattungsfähig, wenn die Zuziehung eines Bevollmächtigten notwendig war. Gemäß [§ 63 Abs 3 Satz 1 SGB X](#) setzt die Behörde, die die Kostenentscheidung getroffen hat, auf Antrag den Betrag der zu erstattenden Aufwendungen fest; dabei bestimmt die Kostenentscheidung gemäß [§ 63 Abs 3 Satz 3 SGB X](#) auch, ob die Zuziehung eines Rechtsanwalts oder sonstigen Bevollmächtigten notwendig war.

Die Beklagte hat zwar ausdrücklich keine Feststellung dazu getroffen, ob die Zuziehung eines Bevollmächtigten notwendig war. Zusätzlich zu der erhobenen Anfechtungs- und Leistungsklage war jedoch eine Verpflichtungsklage mit dem Ziel, dass die Beklagte auch verurteilt werden soll, gemäß [§ 63 Abs 3 Satz 2 SGB X](#) die Zuziehung eines Rechtsanwalts für notwendig zu erachten (vgl. BSG, Urteil vom 27. Januar 2009, B 7/7a AL 20/07 R, [SozR 4-1935 § 14 Nr 1](#)), nicht erforderlich. Denn zumindest konkludent hat die Beklagte die Notwendigkeit der Zuziehung eines sonstigen Bevollmächtigten anerkannt, indem sie grundsätzlich die Erstattungsfähigkeit der Kosten des Bevollmächtigten anerkannt hat (BSG, Urteil vom 5. Mai 2009, [B 13 R 137/08 R](#), juris mwN).

Die Vergütung (Gebühren und Auslagen) für anwaltliche Tätigkeiten der Rechtsanwälte bemisst sich seit 1. Juli 2004 nach dem RVG, hier in der Fassung ab 1. Juli 2006 gemäß Art 3, 5 und 6 des Gesetzes zur Modernisierung des Kostenrechts vom 5. Mai 2004 ([BGBl I 2004, 718](#)). Dieses Gesetz gilt gemäß [§ 4 Abs 1 Satz 1](#) des Einführungsgesetzes zum Rechtsdienstleistungsgesetz durch das Gesetz zur Neuregelung des Rechtsberatungsrechts ([BGBl I 2007, 2840](#)) auch für die Vergütung der Rentenberaterinnen und Rentenberater. Deshalb kann auch der Prozessbevollmächtigte des Klägers, ein Rentenberater, die Vergütung nach dem RVG geltend machen.

Die Höhe der Vergütung bestimmt sich gemäß [§ 2 Abs 2 Satz 1 RVG](#) nach dem VV der Anlage 1 zum RVG. In Verfahren vor den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit, in denen das Gerichtskostengesetz (GKG) nicht anzuwenden ist, entstehen gemäß [§ 3 Abs 1 Satz 1, Abs 2 RVG](#) (auch) außerhalb eines gerichtlichen Verfahrens Betragsrahmengebühren. Da es sich bei dem Kläger als Versichertem um einen kostenprivilegierten Beteiligten im Sinne des [§ 183 Satz 1 SGG](#) handelt, findet das GKG gemäß [§ 197a Abs 1 Satz 1 SGG](#) keine Anwendung.

Gemäß Nr 2400 VV RVG umfasst die Geschäftsgebühr einen Betragsrahmen von 40 EUR bis 520 EUR, bzw, wenn eine Tätigkeit im Verwaltungsverfahren vorausgegangen ist, gemäß Nr 2401 VV RVG 40 EUR bis 260 EUR. Eine Gebühr von mehr als 240 EUR (bzw von mehr als 120 EUR gemäß Nr 2401 VV RVG) kann aber nur gefordert werden, wenn die Tätigkeit umfangreich oder schwierig war (sog Schwellengebühr). Innerhalb dieses Gebührenrahmens bestimmt der Rechtsanwalt gemäß [§ 14 Abs 1 Satz 1 RVG](#) die Gebühr im Einzelfall unter Berücksichtigung aller Umstände, vor allem des Umfangs und der Schwierigkeit der anwaltlichen Tätigkeit, der Bedeutung der Angelegenheit sowie der Einkommens- und Vermögensverhältnisse des Auftraggebers nach billigem Ermessen. Damit hat der Gesetzgeber dem Bevollmächtigten ein Beurteilungs- und Entscheidungsvorrecht eingeräumt, wobei die Literatur und ihr folgend die Rechtsprechung den Bevollmächtigten darüber hinaus einen Spielraum von 20 % (Toleranzgrenze) zugesteht, der sowohl von Dritten wie auch von Gerichten zu beachten ist (BSG, Urteil vom 1. Juli 2009, [B 4 AS 21/09 R, SozR 4-1935 § 14 Nr 2](#) mwN). Ist die Gebühr von einem Dritten zu ersetzen, ist die von dem Bevollmächtigten getroffene Bestimmung gemäß [§ 14 Abs 1 Satz 4 RVG](#) nicht verbindlich, wenn sie unbillig ist.

Die in [§ 14 Abs 1 Satz 1 RVG](#) genannten Kriterien (somit die objektiven Kriterien des Umfangs und der Schwierigkeit der anwaltlichen Tätigkeit und die subjektiven Kriterien der Bedeutung der Angelegenheit für den Auftraggeber sowie dessen Einkommens- und Vermögensverhältnisse sowie gemäß [§ 14 Abs 1 Satz 3 RVG](#) das besondere Haftungsrisiko) sind nicht abschließend und im Übrigen selbständig und gleichwertig (BSG aaO). Zu Recht verweist der Bevollmächtigte des Klägers auch darauf, dass die Schwellengebühr die Mittelgebühr nicht ersetzt hat (BSG aaO). Deshalb ist zunächst die billige Gebühr anhand der Kriterien des [§ 14 RVG](#) zu bestimmen und erst

in einem zweiten Schritt zu beurteilen, ob es bei der ermittelten Gebühr bleibt (wenn der Umfang und/oder die Schwierigkeit der anwaltlichen Tätigkeit mehr als durchschnittlich sind) oder die zutreffende Gebühr in Höhe des Betrages der Schwellengebühr gekappt wird. Eine gesonderte Bedeutung kommt dem Umfang und der Schwierigkeit der anwaltlichen Tätigkeit damit nicht innerhalb der Abwägung nach [§ 14 RVG](#) zu, sondern einzig für die Öffnung des Gebührenrahmens über die Schwellengebühr hinaus. Der Umfang oder die Schwierigkeit der anwaltlichen Tätigkeit müssen daher über dem Durchschnitt liegen, um im Ergebnis eine höhere Gebühr als die Schwellengebühr zu erreichen (BSG aaO mwN).

Darüber hinaus kommt eine Erledigungsgebühr nach Nr 1005 VV RVG bei einer Einigung oder Erledigung in sozialrechtlichen Angelegenheiten, in denen in gerichtlichen Verfahren Betrags-rahmengebühren entstehen, in Betracht. Nach den amtlichen, vom Gesetzestext umfassten Erläuterungen zu Nr 1002 Satz 1 VV RVG setzt diese Vorschrift voraus, dass "sich die Rechtssache ganz oder teilweise nach Aufhebung oder Änderung des mit einem Rechtsbehelf angefochtenen Verwaltungsakts durch die anwaltliche Mitwirkung erledigt". Dem steht nach Satz 2 gleich, dass "sich eine Rechtssache ganz oder teilweise durch Erlass eines bisher abgelehnten Verwaltungsakts erledigt".

Der Kläger hat weder Anspruch auf die Erstattung einer Geschäftsgebühr von mehr als 240 EUR noch einer Erledigungsgebühr.

Im Rahmen der Ermittlung der Geschäftsgebühr ist zunächst zu berücksichtigen, dass eine Tätigkeit im Verwaltungsverfahren nicht vorausgegangen war und sich die Gebühr damit nach Nr 2400 VV RVG richtet. Zwar hat der Kläger dem Rentenberater schon am 23. Januar 2009 eine umfassende Vollmacht erteilt, jedoch hat zu dem Bescheid vom 27. März 2009 kein Verwaltungsverfahren stattgefunden.

Sowohl der Umfang als auch die Schwierigkeit der anwaltlichen Tätigkeit sind nur als durchschnittlich zu bewerten. Weder hat der Bevollmächtigte des Klägers auf einen besonderen Umfang der Tätigkeit hingewiesen noch ist ein solcher ersichtlich. Denn eine durchschnittliche Tätigkeit umfasst bezüglich des (zeitlichen) Umfangs den Aufwand für eine Besprechung und Beratung, das Anfordern von Unterlagen, deren Sichtung, eine Rechtsprechungs- und Literaturrecherche, die Auseinandersetzung hiermit und mit dem von der Behörde herangezogenen Sachverhalt einschließlich Beweismitteln, den Schriftverkehr mit dem Mandanten und der Behörde sowie ergänzend alle Tätigkeiten, die mangels entsprechender Gebührenvorschriften nicht durch eine besondere Gebühr vergütet werden (BSG aaO). Gründe, warum ein über den durchschnittlichen Aufwand hinausgehender Umfang erforderlich gewesen sein soll, sind weder vorgetragen worden noch ersichtlich.

Die Schwierigkeit der anwaltlichen Tätigkeit ist vorliegend ebenfalls nur durchschnittlich. Die vom Umfang zu unterscheidende Schwierigkeit der anwaltlichen Tätigkeit meint die Intensität der Arbeit. Ausgehend von einem objektiven Maßstab ist auf einen Rechtsanwalt abzustellen, der sich bei der Wahrnehmung des Mandats darauf beschränken kann und darf, den Fall mit den einschlägigen Rechtsvorschriften, gegebenenfalls unter Heranziehung von Rechtsprechung und Kommentarliteratur, zu bearbeiten. Dies beinhaltet aber auch, dass hierfür spezielle Kenntnisse und Fertigkeiten in eingeschränktem Umfang erforderlich sein können. Überdurchschnittlich schwierig ist die Tätigkeit zB dann, wenn erhebliche, sich üblicherweise nicht stellende Probleme auftreten (BSG aaO). Diese können sowohl im tatsächlichen als auch im juristischen Bereich liegen. Vorliegend sind weder Probleme im Umgang mit dem Mandanten noch rechtliche Probleme ersichtlich. Denn der Bevollmächtigte hat sich lediglich mit dem Ergebnis eines ihm vom Kläger berichteten medizinischen Gutachten des MDK, ohne dieses selbst beizuziehen, und der tatsächlichen Problematik der Arbeitsunfähigkeit im Sinne des § 44 SGB Fünftes Buch Sozialgesetzbuch auseinandersetzen müssen. Insgesamt hat es sich daher um einen Normal- bzw Routinefall ohne umfangreichere Beweiswürdigung und eingehende Auseinandersetzung mit Rechtsprechung und Literatur gehandelt.

Die Bedeutung der Angelegenheit für den Kläger ist nicht überdurchschnittlich. In Bezug hierauf kommt es auf eine unmittelbare tatsächliche, ideelle, gesellschaftliche, wirtschaftliche oder rechtliche Bedeutung für den Auftraggeber, nicht aber für die Allgemeinheit, an (BSG aaO). Die Bedeutung der Angelegenheit für den Kläger bestand vorliegend darin, den Anspruch auf die Gewährung von Krg aufrechtzuerhalten. Schon im Hinblick darauf, dass die Bescheinigungen für die Zahlung von Krg nur für einen relativ kurzen Zeitraum ausgestellt werden sollten (vgl § 6 Nr 2 der Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses), kommt der Geltendmachung von Krg-Ansprüchen nur eine durchschnittliche Bedeutung für den Kläger zu. Auch ist das Begehren des Klägers nicht gleichbedeutend mit der Sicherung des soziokulturellen Existenzminimums. In Bezug auf seine wirtschaftlichen Verhältnisse hat der Kläger keine Besonderheiten geltend gemacht, so dass diese jedenfalls nicht als überdurchschnittlich angesehen werden können. Eine Überschreitung der Schwellengebühr ist nicht begründet, denn weder der Umfang noch die Schwierigkeit der anwaltlichen Tätigkeit waren überdurchschnittlich.

Schließlich sind die Voraussetzungen einer Erledigungsgebühr vorliegend nicht erfüllt, weil sich das isolierte Vorverfahren nicht "durch die anwaltliche Mitwirkung" iS der Nrn 1005, 1002 VV RVG erledigt hat. Nach den Erläuterungen zu Nr 1002 VV RVG setzt diese Vorschrift nicht nur bei einer Anfechtung eines Verwaltungsaktes, sondern auch bei einem auf Erlass eines Verwaltungsaktes gerichteten Ziel (wie hier der weiteren Gewährung von Krg) eine (besondere) anwaltliche Mitwirkung voraus. Nach mittlerweile ständiger Rechtsprechung des BSG kann ein Rechtsanwalt oder Rentenberater für die Mitwirkung an der Erledigung eines isolierten Vorverfahrens durch Abhilfebescheid nur dann eine Erledigungsgebühr verlangen, wenn er eine über die Einlegung und Begründung des Widerspruchs hinausgehende besondere Tätigkeit und damit eine qualifizierte erledigungsgerichtete Mitwirkung entfaltet hat, die über das Maß desjenigen hinausgeht, das schon durch den allgemeinen Gebührentatbestand für das anwaltliche Auftreten im sozialrechtlichen Widerspruchsverfahren abgegolten wird (vgl BSG, Urteile vom 5. Mai 2010, [B 11 AL 14/09 R](#), Terminbericht Nr 27/10; vom 5. Mai 2009, [B 13 R 137/08 R](#), juris mwN; und dem folgend die dem Bevollmächtigten des Klägers bekannten Beschlüsse des erkennenden Senats vom 29. Juni 2010, [L 11 KR 1363/10 NZB](#); vom 2. Juni 2010, [L 11 R 5463/09](#) und vom 16. April 2010, [L 11 KR 5348/09 NZB](#)). Allein die Widerspruchsbegründung, die der Kläger als streitvermeidende Tätigkeit erachtet, reicht daher nicht aus, um die Erledigungsgebühr auszulösen.

Die Kostenentscheidung beruht auf [§ 193 SGG](#).

Gründe, die Revision zuzulassen, liegen gemäß [§ 160 Abs 2 SGG](#) nicht vor. Insbesondere ist die Frage, wann eine Erledigungsgebühr anfällt, höchstrichterlich schon geklärt.

Rechtskraft

Aus

Login

BWB
Saved
2010-07-31